

# Inhalt

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsübersicht . . . . .	VII
Abkürzungen . . . . .	XVII
<b>Einführung . . . . .</b>	<b>1</b>
I. Generalklauseln im Lauterkeitsrecht . . . . .	1
II. Bedeutung der Generalklauseln im Wandel . . . . .	4
III. § 3 UWG in der Reform . . . . .	6
IV. Themeneingrenzung . . . . .	7
V. Gang der Untersuchung . . . . .	8
<b>1. Kapitel Unionsrechtliche Grundlagen . . . . .</b>	<b>9</b>
A. Die Generalklausel der UGP-Richtlinie . . . . .	9
I. Grundlagen . . . . .	9
1. Entstehungsgeschichte . . . . .	9
2. Vollharmonisierung und fragmentarischer Charakter . . . . .	11
3. Aufbau der Unlauterkeitstatbestände . . . . .	12
4. Evaluation der UGP-Richtlinie . . . . .	12
5. Schutz von Unternehmern . . . . .	13
II. Die Idee der Schaffung einer Generalklausel . . . . .	13
III. Systematik des Art. 5 II UGP . . . . .	14
1. Allgemeines . . . . .	14
2. Verhältnis zu Art. 5 IV, V UGP . . . . .	16
a) Wechselseitige Konkretisierung . . . . .	16
b) Systematisches Verhältnis . . . . .	16
3. Reichweite des Art. 5 II UGP . . . . .	19
IV. Die »berufliche Sorgfalt« . . . . .	20
1. Grundsätzliches . . . . .	20
2. Fehlen von Rechtsprechung . . . . .	23
3. Konkretisierung der beruflichen Sorgfalt im Einzelnen . . . . .	23
a) Allgemeines . . . . .	23
b) Konkretisierung durch nationale Standards . . . . .	25
c) Die Rolle von Verhaltenskodizes . . . . .	26
d) Schranken für die Gebote der beruflichen Sorgfalt . . . . .	27
e) Abwägung nach Treu und Glauben . . . . .	27
f) Erhöhte Sorgfaltsanforderungen gem. Art. 5 III 1 UGP . . . . .	27
g) Beispiel . . . . .	28
V. Die Relevanzklausel . . . . .	28
1. Auslegung der Tatbestandsmerkmale . . . . .	28

## Inhalt

a)	Die »wesentliche Beeinflussung« . . . . .	29
b)	Die »geschäftliche Entscheidung« . . . . .	30
2.	Bedeutung des Relevanzkriteriums . . . . .	33
VI.	Das Verbraucherleitbild des Unionsrechts . . . . .	33
1.	Allgemeines . . . . .	33
a)	Normativer Rahmen . . . . .	34
b)	Die Formel der Rechtsprechung . . . . .	35
2.	»Normal informiert« . . . . .	36
3.	»Angemessen aufmerksam« . . . . .	38
4.	»Angemessen verständig« . . . . .	39
5.	Zwischenergebnis . . . . .	40
VII.	Der Maßstab des Art. 5 III 1 UGP und seine Umsetzung . . . . .	41
1.	Allgemeines . . . . .	41
2.	Ex-ante-Betrachtung und Vorhersehbarkeit . . . . .	43
3.	Wesentliche Beeinflussung des wirtschaftlichen Verhaltens . . . . .	43
4.	Bezug zur jeweiligen Geschäftspraktik oder zum Produkt . . . . .	45
5.	Eindeutig identifizierbare Gruppe schutzbedürftiger Verbraucher . . . . .	45
a)	Geistige oder körperliche Gebrechen . . . . .	46
b)	Alter . . . . .	46
c)	Leichtgläubigkeit . . . . .	48
6.	Einschränkung nach S. 2 . . . . .	50
7.	Anwendbarkeit im Rahmen der Tatbestände der schwarzen Liste . . . . .	51
8.	Umsetzung im UWG . . . . .	51
a)	Mängel in der Umsetzung im UWG 2008 . . . . .	51
b)	Änderungen durch das UWG 2015 . . . . .	53
c)	Sonderproblem: Formulierung des Unterlassungstitels . . . . .	55
B.	Vorgaben zur Umsetzung von Richtlinien . . . . .	56
C.	Zur Auslegung der UGP-Richtlinie . . . . .	57
D.	Vorgaben der richtlinienkonformen Auslegung . . . . .	59
I.	Allgemeine Grundsätze . . . . .	60
II.	Grenzen der richtlinienkonformen Auslegung . . . . .	62
III.	Auslegung anhand des Regelungskonzepts der Richtlinie . . . . .	64
IV.	Zwischenergebnis . . . . .	64
E.	Zur richtlinienkonformen Auslegung der Verbrauchergeneralklausel . . . . .	65
I.	Verhältnis der Spezialtatbestände zur Generalklausel . . . . .	65
II.	Systematik des § 3 UWG . . . . .	65
III.	Auslegung der Tatbestandsmerkmale im Einzelnen . . . . .	66
F.	Zusammenfassung zum 1. Kapitel . . . . .	66
2. Kapitel Reform der Verbrauchergeneralklausel . . . . .	69	
A.	Das UWG 2008 . . . . .	69
I.	Die Generalklauseln des UWG 2008 . . . . .	69
II.	Kritik . . . . .	70
1.	Kommission . . . . .	70
2.	Schrifttum . . . . .	70
a)	Kritik am Konzept . . . . .	70

b)	Abweichungen im Wortlaut . . . . .	71
c)	Abgrenzung von § 3 I zu § 3 II UWG 2008 . . . . .	72
d)	Konzept der fachlichen Sorgfalt . . . . .	72
e)	Systematische Stellung und Formulierung von § 3 II 2, 3 UWG 2008 . . . . .	73
f)	Weitere Kritikpunkte . . . . .	73
3.	Zusammenfassung . . . . .	74
<i>B.</i>	<i>Das UWG 2015</i> . . . . .	74
I.	Der Referentenentwurf . . . . .	76
1.	Zentrale Änderungen im Bereich der Generalklauseln . . . . .	77
2.	Bewertung des Entwurfs . . . . .	78
a)	Umgestaltung des Definitionenkatalogs sowie des § 3 II 1 UWG 2008 . . . . .	79
b)	Neue B2B-Generalklausel in § 3 IV RefE . . . . .	80
c)	Rechtsgrundverweisung auf § 3 II, IV RefE in § 4 RefE . . . . .	83
d)	Zusammenfassung . . . . .	84
II.	Der Regierungsentwurf . . . . .	84
1.	Zentrale Änderungen im Bereich der Generalklauseln . . . . .	85
2.	Bewertung des Entwurfs . . . . .	86
a)	Definitionen . . . . .	86
b)	Systematik des § 3 RegE . . . . .	86
c)	Funktion des § 3 I RegE . . . . .	86
d)	Umgestaltung der Verbrauchergeneralklausel . . . . .	87
aa)	Neuer Satz 2 . . . . .	87
bb)	Fälle mit Doppelrelevanz . . . . .	88
cc)	Neuer Abs. 5 . . . . .	89
e)	Neue B2B-Generalklausel in § 3 III RegE-UWG . . . . .	89
f)	Änderungen im Bereich des § 4 UWG . . . . .	90
aa)	Neuer Einleitungssatz . . . . .	90
bb)	Beibehaltung von § 4 Nr. 1 und 2 UWG 2008 . . . . .	91
cc)	Beibehaltung von § 4 Nr. 3–5 UWG 2008 . . . . .	92
g)	Zusammenfassung . . . . .	92
III.	<i>Das UWG 2015</i> . . . . .	93
1.	Zentrale Änderungen im Bereich der Generalklauseln . . . . .	93
2.	Bewertung der Änderungen durch das UWG 2015 . . . . .	95
a)	Definitionen . . . . .	95
b)	Funktion des § 3 I UWG . . . . .	96
c)	Änderungen der Verbrauchergeneralklausel . . . . .	97
d)	Streichung der »Mitbewerbergeneralklausel« . . . . .	98
e)	Lösung von Fällen mit »Doppelrelevanz« . . . . .	98
f)	Umstrukturierung des § 4 UWG . . . . .	99
g)	Weitere Änderungen . . . . .	100
h)	Zusammenfassung . . . . .	100
<i>C.</i>	<i>Zusammenfassung zum 2. Kapitel</i> . . . . .	101
<b>3. Kapitel Anwendungsbereich der Verbrauchergeneralklausel</b> . . . . .	103	
<i>A. Persönlicher Anwendungsbereich</i> . . . . .	103	
I. Grundlagen . . . . .	103	

## Inhalt

II. Erstreckung auf sonstige Marktteilnehmer und Mitbewerber? . . . . .	104
B. Sachlicher Anwendungsbereich . . . . .	106
I. Das Tatbestandsmerkmal der geschäftlichen Handlung . . . . .	106
II. Verhältnis zu § 3 I UWG unter Geltung des UWG 2008 . . . . .	108
1. Problemaufriss . . . . .	109
2. Methode . . . . .	109
3. Die Stellung der Verbrauchergeneralklausel im UWG . . . . .	110
a) Wortlaut des § 3 II 1 UWG 2008 . . . . .	110
b) Systematische Stellung im Unlauterkeitskonzept des UWG . .	111
c) Wille des Gesetzgebers . . . . .	112
d) Teleologische Auslegung der Verbrauchergeneralklausel . . .	112
e) Zwischenergebnis . . . . .	113
4. Andere Beurteilung aufgrund richtlinienkonformer Auslegung? . . . . .	113
a) Konflikt im Bereich der Relevanzklauseln . . . . .	113
b) Konflikt mit dem Unlauterkeitskonzept der Richtlinie . . . .	115
5. Auseinandersetzung mit anderen Ansichten . . . . .	116
6. Zusammenfassung des Ergebnisses zum Verhältnis zwischen § 3 I und II UWG 2008 . . . . .	118
III. Verhältnis zu § 3 I UWG nach der Reform 2015 . . . . .	118
IV. Verhältnis zu den Spezialtatbeständen des UWG . . . . .	121
1. Grundsatz der wechselseitigen Konkretisierung . . . . .	121
2. Rückgriff auf die Verbrauchergeneralklausel? . . . . .	123
3. Verhältnis des § 3 II UWG zur schwarzen Liste . . . . .	125
4. Verhältnis des § 3 II zu § 3a UWG . . . . .	125
a) Argumente für Vorrang der Verbrauchergeneralklausel . . .	126
b) Argumente für Vorrang des Rechtsbruchtatbestands . . . .	127
c) Ergebnis . . . . .	128
5. Verhältnis des § 3 II zu § 4 UWG . . . . .	130
6. Verhältnis des § 3 II zu § 4a UWG . . . . .	130
7. Verhältnis des § 3 II zu § 5 UWG . . . . .	131
8. Verhältnis des § 3 II zu § 5a UWG . . . . .	131
9. Verhältnis des § 3 II zu § 6 UWG . . . . .	131
10. Verhältnis des § 3 II zu § 7 UWG . . . . .	133
C. Zusammenfassung zum 3. Kapitel . . . . .	134
<b>4. Kapitel Konkretisierung der Tatbestandsmerkmale . . . . .</b>	<b>135</b>
A. Allgemeines . . . . .	135
B. Geschäftliche Handlung gegenüber Verbrauchern . . . . .	136
C. Der Verstoß gegen die unternehmerische Sorgfalt . . . . .	136
I. Kritik . . . . .	137
II. Zur Umsetzung der Vorgaben der UGP-Richtlinie . . . . .	139
III. Zur Auslegung der Tatbestandsmerkmale im Einzelnen . . . . .	141
1. Autonome Auslegung . . . . .	141
a) Kein Rückgriff auf generalisierende Formeln . . . . .	141
b) Keine Konkretisierung anhand von Normen aus anderen Rechtsbereichen . . . . .	143
2. »Standard an Fachkenntnissen und Sorgfalt« . . . . .	145

a)	Allgemeines . . . . .	145
b)	»Fachkenntnisse« . . . . .	146
c)	»Sorgfalt« . . . . .	147
d)	Einhaltung gesetzlicher Regeln als Standard? . . . . .	149
e)	Berücksichtigung der anständigen Marktgepflogenheiten sowie der Interessenabwägung . . . . .	151
f)	Zwischenergebnis . . . . .	151
3.	»Billigerweise« . . . . .	152
4.	»In seinem Tätigkeitsbereich« . . . . .	154
5.	»Nach Treu und Glauben« . . . . .	154
a)	Der ehrbare Kaufmann . . . . .	155
b)	Interessenabwägung . . . . .	156
c)	Bedeutung unternehmerischer Interessen . . . . .	158
d)	Keine Subsidiarität . . . . .	159
6.	»Unter Berücksichtigung der anständigen Marktgepflogenheiten« . . . . .	160
a)	Marktgepflogenheiten . . . . .	160
b)	Anständigkeit . . . . .	163
IV.	Sonderprobleme . . . . .	164
1.	Unternehmerische Sorgfalt bei § 5a III Nr. 4 UWG . . . . .	164
2.	Überobligationsmäßiges Verhalten . . . . .	165
V.	Zusammenfassung zum Begriff der unternehmerischen Sorgfalt . . . . .	166
D.	<i>Geschäftliche Relevanz</i> . . . . .	167
I.	Allgemeines . . . . .	167
1.	Umsetzung der Vorgaben der UGP-Richtlinie . . . . .	167
2.	Anwendungsbereich . . . . .	169
3.	Restriktive Auslegung? . . . . .	170
II.	Eignung zur Beeinträchtigung (Einwirkungserfordernis) . . . . .	170
III.	Veranlassung zu einer geschäftlichen Entscheidung (Auswirkungserfordernis) . . . . .	172
IV.	Sonderproblem: Relevanz bei § 5a II-IV UWG . . . . .	174
1.	Rechtslage unter dem UWG 2008 . . . . .	174
2.	Rechtslage unter dem UWG 2015 . . . . .	175
E.	Zusammenhang zwischen den Tatbestandsmerkmalen . . . . .	176
F.	Zusammenfassung zum 4. Kapitel . . . . .	177
<b>5. Kapitel Fallgruppen der Verbrauchergeneralklausel</b>	. . . . .	179
A.	<i>Anwendung im harmonisierten Bereich</i> . . . . .	179
I.	Verkaufsförderungsmaßnahmen . . . . .	180
1.	Allgemeines . . . . .	180
a)	Zuordnung zu § 4a oder § 3 II UWG . . . . .	180
b)	Anwendung des § 3 II UWG . . . . .	182
2.	Kopplungsangebote i.S.d. § 4 Nr. 6 2008 . . . . .	185
a)	Die Rechtsprechung des BGH zum UWG 2008 . . . . .	185
b)	Kopplung von Warenabsatz und Gewinnspiel als Verstoß gegen die unternehmerische Sorgfalt . . . . .	187
c)	Ergebnis . . . . .	188
3.	Fallgruppen des § 4 Nr. 1 UWG 2008 . . . . .	188

## Inhalt

a)	Psychischer Kaufzwang .....	188
b)	Übertriebenes Anlocken .....	189
c)	Ausnutzung aleatorischer Reize .....	190
d)	Gefühlsbetonte Werbung .....	193
e)	Gefährdung von Drittinteressen .....	194
f)	Verharmlosung von Gesundheitsrisiken .....	196
g)	Verstöße gegen die Menschenwürde .....	197
II.	Verbraucherschutz in Fällen des § 4 UWG 2015 .....	197
1.	Herabsetzung von Mitbewerbern gegenüber Verbrauchern .....	197
2.	Verbraucherschutz bei § 4 Nr. 2-4 UWG 2015 .....	200
3.	Praktische Bedeutung .....	200
III.	Lauterkeitsrechtliche Verkehrspflichten und unterlassene Sicherung von Zugangsdaten .....	201
1.	Lauterkeitsrechtliche Verkehrspflichten .....	201
a)	Unionsrechtlicher Hintergrund .....	202
b)	Rechtsgrundlage im UWG .....	204
c)	Voraussetzungen und Reichweite der Verkehrspflichten .....	206
2.	Unterlassene Sicherung von Zugangsdaten .....	209
3.	Einheitliche Fallgruppe .....	210
IV.	Verweigerung berechtigter Ansprüche ohne Begründung .....	212
1.	Grundsatz der Rechtsprechung .....	212
2.	Beurteilung nach der UGP-Richtlinie .....	212
a)	Eröffnung des Anwendungsbereichs .....	212
b)	Irreführende Geschäftspraxis .....	214
c)	Aggressive Geschäftspraxis .....	214
d)	Verstoß gegen die Generalklausel .....	215
e)	Zwischenergebnis .....	216
3.	Beurteilung nach dem UWG .....	217
a)	Vorliegen einer geschäftlichen Handlung .....	217
b)	Irreführende geschäftliche Handlungen .....	218
c)	Aggressive geschäftliche Handlungen .....	218
d)	Verstoß gegen die Verbrauchergeneralklausel .....	219
4.	Zusammenfassung zur Verweigerung berechtigter Ansprüche ..	219
V.	Kumulation von Unlauterkeitsgründen? .....	220
VI.	Anwendung im Rahmen von § 5 UWG? .....	221
1.	Feststellung der Verkehrserwartung .....	221
2.	Feststellung der geschäftlichen Relevanz .....	223
3.	Ergebnis .....	225
VII.	Prüfung der Relevanz bei Tatbeständen der schwarzen Liste? .....	225
VIII.	Anwendung bei fehlender oder fehlerhafter Widerrufsbelehrung nach BGB? .....	228
IX.	Anwendung als Auffangtatbestand in weiteren Fällen .....	229
B.	Anwendung außerhalb des harmonisierten Bereichs .....	232
I.	Grundsatzfragen .....	232
II.	Vertragsrecht .....	233
1.	Verstöße gegen § 475 BGB? .....	234
2.	Verhaltenspflichten nach VerbraucherrechteRL? .....	234
3.	Verwendung unwirksamer AGB? .....	235

III. Verstöße gegen Berufsrecht? . . . . .	237
IV. Verstöße gegen sonstige außerwettbewerbliche Normen? . . . . .	237
<b>C. Zusammenfassung zum 5. Kapitel . . . . .</b>	<b>238</b>
<b>6. Kapitel Rechtsvergleichung . . . . .</b>	<b>241</b>
<i>A. Die Umsetzung des Art. 5 II UGP in Österreich . . . . .</i>	<i>242</i>
I. Die österreichische Generalklausel . . . . .	243
II. Ausfüllung der Generalklausel durch die Rechtsprechung . . . . .	244
III. Schlussfolgerungen für das deutsche Recht . . . . .	246
<i>B. Die Umsetzung des Art. 5 II UGP in Schweden . . . . .</i>	<i>246</i>
I. Die schwedische Generalklausel . . . . .	247
II. Ausfüllung der Generalklausel durch die Praxis . . . . .	247
III. Schlussfolgerungen für das deutsche Recht . . . . .	248
<i>C. Die Umsetzung des Art. 5 II UGP in Spanien . . . . .</i>	<i>248</i>
I. Die spanische Generalklausel . . . . .	249
II. Ausfüllung der Generalklausel durch die Rechtsprechung . . . . .	250
III. Schlussfolgerungen für das deutsche Recht . . . . .	250
<i>D. Entscheidungen zur Generalklausel in den Mitgliedstaaten . . . . .</i>	<i>251</i>
I. Bulgarien . . . . .	251
II. England . . . . .	252
III. Griechenland . . . . .	252
IV. Italien . . . . .	253
1. Entscheidung vom 09.12.2010 . . . . .	253
2. Entscheidung vom 11.07.2012 . . . . .	254
V. Litauen . . . . .	254
<i>E. Schlussfolgerungen aus dem Rechtsvergleich . . . . .</i>	<i>255</i>
<i>F. Zusammenfassung zum 6. Kapitel . . . . .</i>	<i>256</i>
<b>Schlussbetrachtung . . . . .</b>	<b>257</b>
<i>A. Zusammenfassung der Ergebnisse . . . . .</i>	<i>257</i>
<i>B. Ausblick . . . . .</i>	<i>258</i>
<b>Anhang: Synopse UWG 2008 – UWG 2015 . . . . .</b>	<b>259</b>
<b>Literatur . . . . .</b>	<b>269</b>
<b>Sachregister . . . . .</b>	<b>283</b>